

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren»
2020/22

vom 14. Oktober 2020

1. Ausgangslage

Mit der Publikation vom 27. September 2018 im Amtsblatt stellte die Landeskanzlei fest, dass die formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» den gesetzlichen Erfordernissen entspricht. Mit Verfügung der Landeskanzlei vom 23. August 2019, publiziert im Amtsblatt vom 29. August 2019, wurde das Zustandekommen der Initiative mit 1'845 gültigen Unterschriften festgestellt. Der Landrat erklärte die Initiative mit Beschluss vom 13. Februar 2020 für rechtsgültig. Die Initiative verlangt, dass die gesamte Anzahl jeglicher Kompetenzbeschreibungen in den Stufenlehrplänen Primarstufe und Sekundarstufe I auf maximal 1'000 begrenzt wird. Zusätzlich sollen die Stoffinhalte und Themen in der Sekundarstufe I bezüglich Jahresziele und Anforderungsniveaus differenziert und auf die Inhalte und Anforderungen der beruflichen Grundbildung, der Fachmittelschule und des Gymnasiums abgestimmt sein.

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die formulierte Initiative abzulehnen und verzichtet darauf, einen Gegenvorschlag vorzulegen. Der Regierungsrat begründet seine ablehnende Haltung damit, dass einerseits das Anliegen der Initiative zur Erarbeitung von klar definierten Stoffinhalten und Themen für die Sekundarschule mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Initiative [2017/270](#) «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen» aus dem Jahr 2017 bereits erfüllt sei. Für die Primarstufe habe zudem eine Umfrage bei in der Praxis tätigen Kindergarten- und Primarlehrpersonen im Jahr 2017 gezeigt, dass eine Ergänzung des Lehrplans mit Stoffverteilungsplänen mehrheitlich abgelehnt wird.

Für die Sekundarschule werde hingegen die aufsteigende Einführung des Lehrplans Volksschule Basel-Landschaft durch einen Rückmeldeprozess begleitet. In einem in der Schweiz einmaligen Verfahren können alle Lehrpersonen der Baselbieter Sekundarschulen über die schulinternen Fachgruppen in drei Durchgängen bis Ende 2021 Rückmeldungen zum Lehrplan geben. Um einen praxistauglichen und breit abgestützten Lehrplan zu erreichen, werden die Erfahrungen aller Lehrpersonen erfasst und ausgewertet. In diesen Prozess ist auch eine Begleitgruppe involviert, in der sämtliche Anspruchsgruppen vertreten sind (AKK, LVB etc.). Konkrete Vorschläge werden aufgenommen und fliessen in die Anpassung des Lehrplans ein, sodass auf das Schuljahr 2022/23 der definitive und angepasste Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft vorliegt. Als Ergebnis der ersten Rückmeldeschleife hat der Bildungsrat, basierend auf den systematisch gewonnenen Ergebnissen, bereits konkrete Prüfaufträge in Auftrag gegeben (z. B. zur Stärkung des Leistungszugs A). Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass mit dem Festlegen einer willkürlichen maximalen Anzahl an Kompetenzbeschreibungen, wie es die Initiative fordert, der eingeleitete systematische Rückmeldeprozess zum Lehrplan für die Sekundarschule übersteuert würde. Dieser garantiere jedoch eine von den Fachlehrerinnen und Fachlehrern geprüfte und breit abgestützte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Lehrplan.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Das Geschäft wurde an der Sitzung vom 3. September 2020 in Anwesenheit von Regierungsrätin Monica Geschwind, Generalsekretär Severin Faller und Beat Lüthy, Leiter Amt für Volksschulen, beraten.

Seitens Initiativkomitee Starke Schule beider Basel (SSbB) wurde Jürg Wiedemann angehört.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

– Anhörung Vertretung Initiativkomitee

Der Vertreter des Initiativkomitees SSbB erläuterte anlässlich der Anhörung die Hintergründe der Initiative. Als im Jahr 2017 die Initiative 2017/270 «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen» eingereicht worden sei, die dann zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen wurde, hätten intensive Gespräche zwischen der BKSD und der SSbB stattgefunden. Beim Rückzug der damaligen Initiative ging die SSbB davon aus, dass ein neuer zweiteiliger Lehrplan Volksschulen Basel-Landschaft erarbeitet würde mit zwei klar unterschiedlichen Teilen – Teil A mit dem Titel «Stoffinhalte und Themen» und Teil B mit dem Titel «Kompetenzbeschreibungen». Dies sei aber nur begrenzt umgesetzt worden. Einerseits seien die 3'536 Kompetenzbeschreibungen des Lehrplans 21 in Teil B belassen worden, andererseits seien die Kompetenzbeschreibungen weitgehend in Teil A übernommen und teilweise mit Stoffinhalten und Themen ergänzt worden. Die beiden Lehrplanteile bestünden deshalb beide weitgehend aus Kompetenzbeschreibungen. Dies entspreche nicht dem, wovon man beim Rückzug der Initiative 2017/270 ausgegangen sei. Des Weiteren kritisierte der Vertreter des Initiativkomitees, dass an den Rating-Konferenzen grundsätzliche Diskussionen, wie eine über das Weglassen von Kompetenzbeschreibungen in Teil A des Lehrplans, um einen schlanken Lehrplanteil zu erhalten (1–3 Seiten pro Fach), nicht zugelassen würden. Die Direktion hielt diesbezüglich fest, dass die Rückmeldungen der Lehrpersonen und der Interessengruppen sehr ernst genommen würden. Deshalb seien an der nächsten Rating-Konferenz auch die genannten Themen und Fragen traktandiert. Der Rückmeldeprozess beziehe sich aber grundsätzlich nur auf den Baselbieter Teil A des Lehrplans und nicht auf den schweizerischen Teil B, auf den die Initiative Bezug nehme.

Der Vertreter des Initiativkomitees nahm zudem die Aussage der Direktion interessiert zur Kenntnis, dass die Lehrpersonen selber entscheiden können, ob sie mit dem Lehrplanteil A und/oder B arbeiten wollen. Diese Wahlmöglichkeit in Kombination mit einer Reduktion der Anzahl Kompetenzbeschreibungen in Teil B auf 1'000 und der prägnanten Herausarbeitung der Stoffinhalte und Themen in Teil A würde seiner Ansicht nach einer Erfüllung der Forderungen der Initiative gleichkommen.

– Kommissionsberatung

Die Kommission hob den schweizweit einmaligen Rückmeldeprozess als positiv hervor. In verschiedenen Voten wurde betont, man solle auf diesen Prozess vertrauen, in den die SSbB schliesslich auch involviert sei. Sollten die Lehrpersonen die gleichen Anliegen vertreten wie das Initiativkomitee, könnten diese auf der Basis des Rückmeldeprozesses auch umgesetzt werden. Das Wichtigste sei, so ein Kommissionmitglied, dass in den Schulen Ruhe und Sicherheit einkehre. Auf Sekundarstufe I brauche es genügend Zeit, um die neuen Lehrmittellisten zu erstellen und um Erfahrungen mit den neuen Lehrmitteln zu sammeln. Auch der Bildungsrat, der die Aufträge für die Rückmeldeprozesse erteilt, nehme seine Aufgabe sehr ernst. Ein Kommissionsmitglied wies zudem auf die Wichtigkeit hin, dass der Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft mit dem Lehrplan 21 kompatibel bleibe.

Eine Kommissionsminderheit hielt fest, sie unterstütze die erste Forderung der Initiative, die beiden Lehrplanteile klar zu trennen – in Teil A sollten nur Themen und Stoffinhalte und in Teil B nur

Kompetenzbeschreibungen enthalten sein –, die von der Initiative geforderte Begrenzung auf 1'000 Kompetenzbeschreibungen sei jedoch nicht sinnvoll. Aktuell sei nicht klar, ob 1'000 Kompetenzbeschreibungen ausreichen würden. Um das Ziel der klaren Trennung der beiden Lehrplanteile sicherzustellen, sei die Motion [2020/428](#) «Ja zu einem Lehrplanteil A mit klar definierten Stoffinhalten und Themen» eingereicht worden, entsprechend könne die Initiative abgelehnt werden.

3. Antrag an den Landrat

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 13:0 Stimmen Zustimmung zum unveränderten Landratsbeschluss.

14.10.2020 / pw

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Pascal Ryf, Präsident

Beilage

- Landratsbeschluss (unveränderter Entwurf)

Landratsbeschluss

betreffend Formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren»

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» wird abgelehnt.
2. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» abzulehnen.

Liestal,

Im Namen des Landrats

Der Präsident:

Die Landschreiberin: